

**PRESSE-
KONFERENZ**

14.10.2026

KRANK DURCH ARBEIT: 12,4 MILLIARDEN EURO: DIE ZEICHE ZAHLEN DIE BESCHÄFTIGTEN

**WIFO-Studie belegt immense Folgekosten schlechter
Arbeitsbedingungen**

INES STILLING

Bereichsleiterin Soziales der AK Wien

CHRISTINE MAYRHUBER

Ökonomin und stv. Direktorin des WIFO



ECHE PRÄVENTION STATT KÜRZUNGSDEBATTEN

WIFO-Folgestudie beziffert die gesamten Kosten arbeitsbedingter Erkrankungen und Unfälle auf 12,4 Milliarden Euro. Die Arbeiterkammer nimmt Arbeitgeber in die Pflicht: Wer krankmachende Arbeitsbedingungen zulässt, verschärft den Fachkräftemangel und wälzt Milliardenlasten auf Beschäftigte und Sozialversicherung ab.

Die Debatte über den Arbeitsmarkt, das Pensionssystem und die Budgetsanierung dreht sich seit Monaten im Kreis. Während Stimmen aus der Politik und neoliberale Denkfabriken reflexartig nach einem höheren Pensionsantrittsalter und Kürzungen rufen, wird die Realität verdrängt: Jedes Jahr kommt es zu Hunderttausenden arbeitsbedingten Erkrankungen und Unfällen – viele davon enden in monatelangem Ausfall oder dauerhafter Erwerbsunfähigkeit.

Eine Folgestudie des WIFO im Auftrag der AK Wien beziffert den Missstand: Die 2023 neu entstandenen Arbeitsunfälle und arbeitsbedingten Erkrankungen verursachen in Österreich gesellschaftliche Kosten von 12,4 Milliarden Euro. Entgegen der gängigen Annahme machen klassische Arbeitsunfälle nur einen Bruchteil der Kosten aus. Fast 90 Prozent der Schadenssumme – nämlich fast 11 Milliarden Euro – entstehen durch arbeitsbedingte Erkrankungen. Noch dramatischer ist die Schieflage bei der Kostenübernahme: Die Betriebe sind zwar für die Gestaltung gesunder Arbeitsbedingungen verantwortlich, tragen aber gerade einmal 10,8 Prozent der Folgekosten. Den Löwenanteil von 58,3 Prozent schultern die Beschäftigten selbst, während weitere 30,8 Prozent bei der Kranken- und Pensionsversicherung und damit bei der Allgemeinheit hängenbleiben.

Christine Mayrhofer, Ökonomin am WIFO:

In unserer aktuellen Berechnung betrachten wir alle Arbeitsunfälle und arbeitsbedingten Erkrankungen eines Jahres und ermitteln die finanziellen und gesundheitlichen Folgen über den weiteren Lebensweg der Betroffenen. Im Ansatz sind Behandlungskosten, betriebliche Kosten von Fehlzeiten bis hin zum Unterstützungsbedarf im privaten Kontext berücksichtigt. Damit kann ein umfassender Blick auf die Folgekosten der Arbeitsbedingungen geworfen werden. Die reinen Behandlungskosten beim Arzt oder im Spital machen mit 11,7 Prozent nur einen kleinen Teil aus. Fast 60 Prozent der Gesamtkosten entstehen durch entgangene Wertschöpfung, Produktionsausfälle und Produktivitätsverluste sowie Folgekosten für die Betroffenen. Während Arbeitsunfälle seit Jahren rückläufig sind, nehmen vor allem psychische Erkrankungen zu. Allein im Jahr 2023 gab es über 54.000 neu aufgetretene arbeitsbedingte psychische Erkrankungen. Erst die Berücksichtigung aller Kostendimensionen macht die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten sichtbar. Sie umfassen neben den direkten Behandlungskosten auch jene Folgekosten, die die gesamtwirtschaftliche Leistung dämpfen.

Ines Stilling, Bereichsleiterin Soziales der AK Wien:

„12,4 Milliarden – das ist der Preis, den wir für krankmachende Arbeitsbedingungen bezahlen. Jene, die den Schutz der Beschäftigten vernachlässigen, steigen mit 10,8 Prozent der Kosten extrem billig aus. Den großen Brocken tragen die Beschäftigten mit ihrer Gesundheit und herben Einkommensverlusten. Und wenn gar nichts mehr geht, werden die Menschen über Langzeitkrankenstände, Reha-Geld oder Arbeitslosigkeit ins öffentliche Auffangnetz abgeschoben. Der Schutz der Beschäftigten ist eine nicht verhandelbare Pflicht der Betriebe – und die Grundvoraussetzung, um überhaupt gesund das Pensionsalter zu erreichen. Wir fordern verbindliche und zeitgemäße Grenzwerte für schwere Lasten und

gesundheitsgefährdende Arbeitsstoffe, wirksamen Hitzeschutz sowie die verpflichtende Einbindung von Arbeitspsycholog:innen in der Prävention.“

STUDIENERGEBNISSE IM DETAIL

DAS BOTTOM-UP-MODELL: DIE LEBENSZYKLUSKOSTEN IN EURO

Die WIFO-Studie ermittelt die lebenslangen Gesamtkosten aller im Jahr 2023 neu entstandenen Arbeitsunfälle und arbeitsbedingten Erkrankungen. Erfasst werden neben Arzt- und Spitalskosten vor allem die massiven Wertschöpfungsverluste und das gesundheitliche Leid. Das Modell unterscheidet drei Kostenkategorien:

- **Direkte Kosten:** z.B. Spitals- und Arztkosten, Medikamente, Selbstbehalte der Betroffenen und die Verwaltungsausgaben der Krankenkassen. Eingerechnet ist auch die unbezahlte Pflegeleistung durch Angehörige.
- **Indirekte Kosten:** Der Verlust an Arbeitsleistung und Wertschöpfung durch Krankenstände, Berufsunfähigkeit oder einen verfrühten Tod. Hinzu kommen Kosten für die Betriebe (z. B. Nachbesetzung von Stellen), Einbußen, weil Beschäftigte krank zur Arbeit gehen (Präsentismus), sowie Ausfälle bei der unbezahlten Arbeit im Haushalt und bei der Kinderbetreuung.
- **Intangible (immaterielle) Kosten:** der monetär bewertete Verlust an Lebenszeit und Lebensqualität, gemessen in qualitätsbereinigten Lebensjahren.

Das Modell umfasst auch eine Schätzung arbeitsbedingter Depressionen und Angststörungen. Hier zeigt sich eine Kluft zwischen der Zunahme dieser Erkrankungen und den offiziell anerkannten Berufskrankheiten, hier gibt es noch keine Fallzahlen.

KRANK DURCH ARBEIT

Anerkannte Berufskrankheiten & Arbeitsbedingte Erkrankungen

Art der Erkrankung	Anerkannte Berufskrankheiten		Arbeitsbedingte Erkrankungen		Veränderung in %
	2015	2023	2015	2023	
 Krebs	63	107	1786	2673	49,7
 Herz-Kreislauf-Erkrankungen	0		1474	1740	18,0
 Atemwegserkrankungen	250	171	8101	6190	-23,6
 Psychische Erkrankungen	0		17910	54058	201,8
 Muskel-Skelett-Erkrankungen	6	12	98201	85292	-13,1
 Übertragbare Krankheiten	32	197	59	402	581,4
 Hautprobleme	170	88	668	264	-60,5
 Gehörprobleme	760		1320	1444	9,4
Sonstige Erkrankungen	16	789	212	16199	7541
Insgesamt	1297	1364	129.730	168.262	29,7

ARBEITSBEDINGTE ERKRANKUNGEN KOSTEN DAS ACHTFACHE VON ARBEITSUNFÄLLEN

Von den rund 12,4 Milliarden Euro Gesamtkosten entfällt mit fast 11 Milliarden Euro (88,4 Prozent) der absolute Löwenanteil auf arbeitsbedingte Erkrankungen. Das klassische Unfallgeschehen macht mit knapp 1,4 Milliarden Euro (11,6 Prozent) nur einen Bruchteil aus. Schlechte Arbeitsbedingungen und daraus resultierende Krankheiten kosten die Volkswirtschaft damit fast das Achtfache von Arbeitsunfällen.

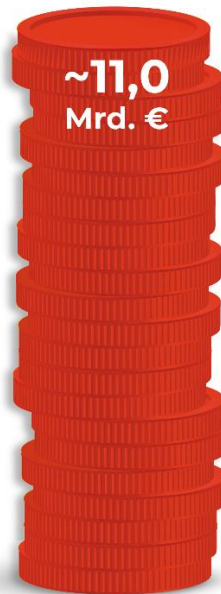
KRANK DURCH ARBEIT

**Faktor Arbeitsplatz:
Schlechte Bedingungen
machen krank**

Gesamt:
~12,4 Mrd. €

~1,4
Mrd. €

Arbeitsunfälle



**Arbeitsbedingte
Erkrankungen**



Quelle: WIFO-Berechnungen 2026 (Basisjahr 2023)

AK

Betrachtet man die Struktur dieser 12,4 Mrd. Euro, wird der enorme Anteil verdeckter Kosten sichtbar. Die direkten Kosten belaufen sich auf rund 1,9 Mrd. Euro (15,6 Prozent). Davon entfallen lediglich 1,4 Mrd. Euro (11,7 Prozent der Gesamtsumme) auf die tatsächliche medizinische Behandlung im Spitals- oder Praxisbereich, während der Rest aus Zuzahlungen der Versicherten (325 Mio. Euro), informeller Angehörigenpflege (120 Mio. Euro) und Verwaltung (38 Mio. Euro) besteht.

Tatsächlich schlagen die indirekten Kosten mit 7,3 Mrd. Euro (59,5 Prozent) zu Buche. Allein die entgangenen Bruttogehälter und Lohnnebenkosten durch Arbeitsausfall und vorzeitige Todesfälle summieren sich auf rund 4,6 Mrd. Euro (36,9 Prozent der Gesamtkosten). Dazu kommen etwa Ausfälle bei der familiären Versorgungsarbeit (Haushaltsproduktion: knapp 1,9 Mrd. Euro bzw. 15,0 Prozent) sowie rund 575 Mio. Euro (4,7 Prozent) an Produktivitätsverlusten durch Präsentismus – d.h. wenn Beschäftigte trotz gesundheitlicher Beeinträchtigung arbeiten und dadurch weniger leistungsfähig sind. Weitere 3,1 Mrd. Euro (25,0 Prozent) entfallen auf intangible Kosten für verlorene Lebenszeit und -qualität.

DIE VERTEILUNGS-SCHIEFLAGE: DIE ZECHE ZAHLEN DIE BESCHÄFTIGTEN

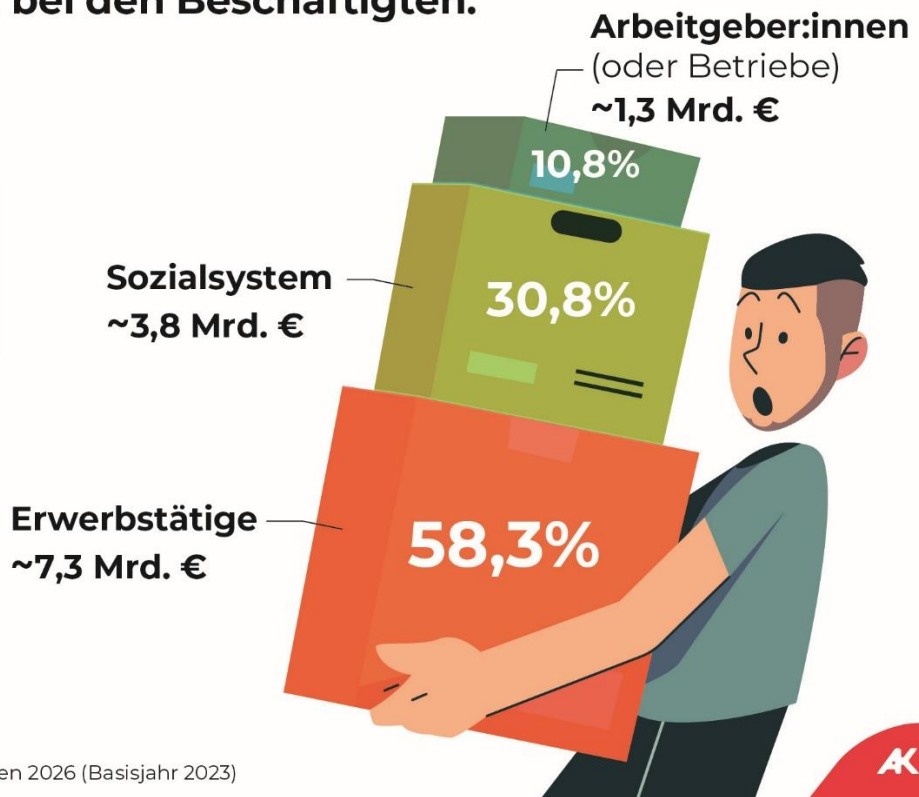
Nach dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz liegt die Fürsorgepflicht für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen bei den Betrieben. Die WIFO-Studie belegt jedoch, dass die Verursacher einen immer kleiner werdenden Anteil an den Kosten und damit Verantwortung tragen: Die Betriebe tragen über Entgeltfortzahlung, kurzfristige Anpassungskosten und Präsentismus lediglich 10,8 Prozent der Gesamtkosten.

KRANK DURCH ARBEIT

Krankmachende Arbeitsbedingungen: Kosten bleiben überwiegend bei den Beschäftigten.

Anteile absolut
(€ und in %)

Gesamt:
~12,4
Mrd. €



Quelle: WIFO-Berechnungen 2026 (Basisjahr 2023)

„Unsere Auswertungen zeigen, dass die Betriebe vor allem die Kosten kurzfristiger Ausfälle tragen, insbesondere über die gesetzliche Entgeltfortzahlung. Langfristige Folgen schlagen sich hingegen kaum mehr in der betrieblichen Kostenrechnung nieder. Sie werden zum einen von den Betroffenen selbst getragen, etwa durch Einkommensverluste infolge dauerhaft eingeschränkter Erwerbsfähigkeit. Zum anderen werden sie vom öffentlichen System getragen, wie etwa das Krankengeld, Rehabilitationsgeld und Invaliditätspensionen. Weitere Kosten, etwa für die Arbeitslosenversicherung bei gesundheitsbedingtem Jobverlust, sind in der Berechnung noch gar nicht enthalten“, erläutert WIFO-Ökonomin Christine Mayrhuber.

In der Folge tragen die Erwerbstätigen selbst mit 58,3 Prozent (rund 7,3 Milliarden Euro) die Hauptlast vor allem durch verlorene Lebensqualität und Lebenszeit, den Ausfall unbezahlter Arbeit im Haushalt sowie nicht ersetzte Einkommensverluste. Gleichzeitig fängt das öffentliche Sozialsystem mit 30,8 Prozent (3,8 Milliarden Euro) jene massiven Schäden auf, die am Arbeitsplatz entstehen – vor allem über Kranken- und Pensionsversicherung. Die Betriebe tragen also den kleinsten Teil, während die Beschäftigten und die Allgemeinheit gemeinsam fast 90 Prozent der Kosten schultern.

Aufteilung der Kostenkomponenten nach Stakeholdern

Direkte Kosten	Summe in Mio. €	Arbeitgeber in %	Erwerbstätige in %	Sozialsystem in %
Behandlungskosten	1.441,1			100
Verwaltungskosten	37,5			100
Informelle Pflege	119,6		100	
Eigenbeteiligung	324,6		100	
Indirekte Kosten (tödliche Fälle)				
Wertschöpfung/ Einkommensverluste	844,6	0	51	49
Anpassungskosten	41,3	100		
Verwaltungskosten	37,2			100
Haushaltsproduktion	489,6		100	
Indirekte Kosten (nicht-tödliche Fälle)				
Wertschöpfung/ Einkommensverluste	3.721,7	16,4	37,4	46,2
Anpassungskosten	108,4	100		
Verwaltungskosten	163,8			100
Haushaltsproduktion	1.367,9		100	
Präsentismus	575,4	100		
Intangible Kosten				
Gesundheitsbezogene Lebensqualität	3.088,0		100	
Gesamtkosten in Mio. €	12.360,5	1.336,1	7.212,3	3.812,0
Anteile in %	100	10,8	58,3	30,8
Vorgängerstudie 2015: Gesamtkosten in Mio. €	9.897,9	1.704,7	5.837,9	2.355,3
Vorgängerstudie 2015: Anteile in %	100	17,2	59	23,8
Veränderung der Anteile in %-Punkten		-6,4	-0,7	7

Quelle: WIFO-Berechnungen 2026 (Basisjahr 2023)

AK

KRANK DURCH ARBEIT – ABER VOM SYSTEM NICHT ANERKANNT

Neben den Milliardenkosten verdeutlicht die WIFO-Studie vor allem das Ausmaß der gesundheitlichen Belastung für die Beschäftigten. Von den über 168.000 arbeitsbedingten Erkrankungen im Jahr 2023 entfallen mehr als vier Fünftel auf nur zwei Problemfelder:

- **Muskel-Skelett-Erkrankungen an der Spitze:** Mit über 85.000 Fällen bilden sie nach wie vor den größten Einzelblock. Laut Fehlzeitenreport 2026 hatte ein Fünftel aller erkrankten Beschäftigten Fehlzeiten aufgrund von Muskel-Skelett-Erkrankungen.
- **Psychische Belastungen:** An zweiter Stelle folgen arbeitsbedingte Depressionen und Angststörungen mit rund 54.000 neu aufgetretenen Fällen 2023. Aus der Sicht der AK fordern ständige Erreichbarkeit, Personalnot und Arbeitsverdichtung ihren Tribut: Psychische Diagnosen führen laut Fehlzeitenreport 2026 mit durchschnittlich fast 37 Tagen je Fall zu den längsten Abwesenheiten.

„Während diese beiden Krankheitsgruppen zusammen für über 80 Prozent aller arbeitsbedingten Erkrankungen stehen, finden sie im System der gesetzlichen Unfallversicherung praktisch nicht statt. Wenn bei über 140.000 Fällen im gesamten Jahr gerade einmal zwölf Fälle am Bewegungsapparat und kein einziger Fall einer psychischen Erkrankung als Berufskrankheit anerkannt werden, geht das an der Lebensrealität der Menschen völlig vorbei“, stellt Ines Stilling, Bereichsleiterin Soziales der AK Wien, klar.

HOHE FOLGEKOSTEN FÜR DIE PENSIONSVERSICHERUNG

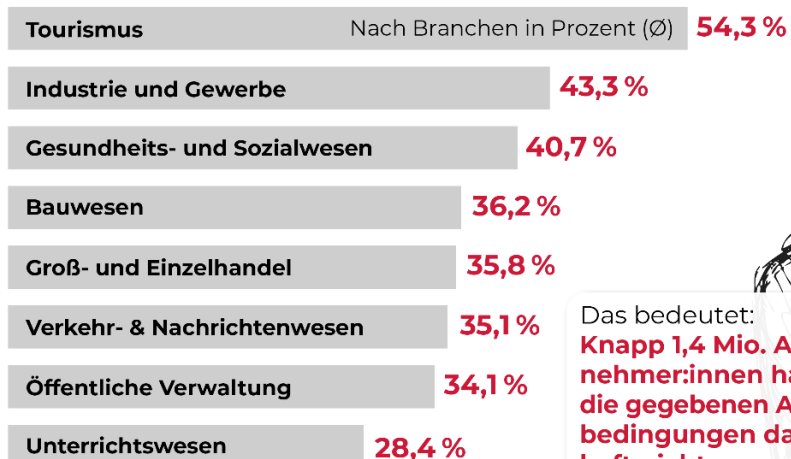
Rund 3,8 Milliarden Euro der Folgekosten trägt das öffentliche Sozialsystem. Je länger eine arbeitsbedingte Erkrankung andauert, desto stärker verlagern sich die Kosten von der Krankenversicherung zur Pensionsversicherung – etwa über Rehabilitationsgeld und Invaliditätspensionen. Damit werden Folgen, die am Arbeitsplatz ihren Ursprung haben, zu einem guten Teil von der Allgemeinheit getragen.

Dabei arbeiten die Menschen in Österreich bereits heute immer länger: Das faktische Eintrittsalter ist seit der Jahrtausendwende um rund vier Jahre gestiegen. Doch die zunehmende Belastung im Berufsalltag fordert ihren Tribut: Vier von zehn Beschäftigten – im Tourismus sogar mehr als die Hälfte – glauben nicht daran, ihren aktuellen Job bis zur Pension durchzuhalten. Die Folge ist für viele ein harter Bruch: Mehr als ein Viertel der Menschen schafft den Übergang in die Pension nicht direkt aus der Erwerbstätigkeit, sondern wird vorher in Krankheit, Reha-Geld oder Arbeitslosigkeit abgedrängt – mit massiven, lebenslangen Abschlägen bei der Pensionshöhe.

FAIRE PENSIONEN

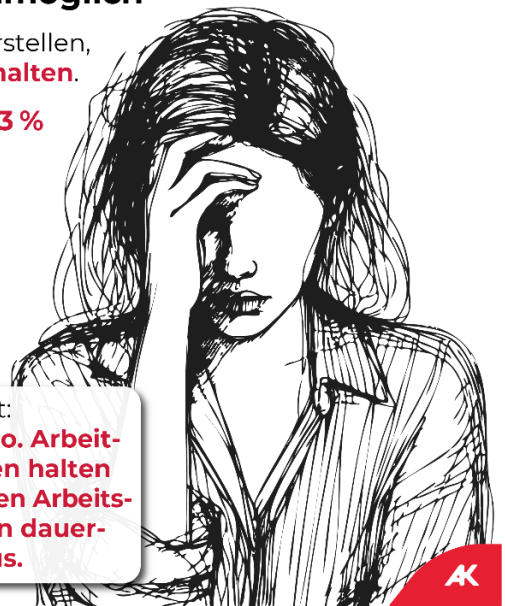
Aktueller Beruf bis zur Pension für viele unmöglich

Vier von zehn Arbeitnehmer:innen* können sich nicht vorstellen, dass sie **im aktuellen Beruf bis zum Pensionsalter durchhalten**.



Quelle: *Arbeitsklimaindex 2026 (1. Halbjahr)

Das bedeutet:
Knapp 1,4 Mio. Arbeitnehmer:innen halten die gegebenen Arbeitsbedingungen dauerhaft nicht aus.



„Sobald die Entgeltfortzahlung endet, wälzen viele Betriebe die Folgekosten für Reha und Pensionen einfach auf die Beschäftigten und das Sozialsystem ab. Vor diesem Hintergrund ist die Debatte über ein Regelpensionsalter jenseits der 65 an Zynismus kaum zu überbieten: Ein höheres Alter am Papier schafft keinen einzigen gesunden Arbeitstag, sondern ist eine reine Pensionskürzung. Was wir brauchen, sind gesunde Arbeitsplätze, eine AUVA mit voller Präventionskompetenz und Konsequenzen bei öffentlichen Vergaben für Betriebe, die den Arbeitnehmer:innenschutz vernachlässigen“, fordert Stilling.

GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN RECHNEN SICH

Die Arbeiterkammer fordert ein verbindliches Maßnahmenpaket:

1. **Arbeitspsychologie verpflichtend in der betrieblichen Prävention verankern:** Arbeitsbedingte psychische Erkrankungen rauben tausende gesunde Lebensjahre. Arbeits- und Organisationspsycholog:innen müssen daher endlich als eigenständige Präventivfachkräfte gleichberechtigt zu Arbeitsmediziner:innen und Sicherheitsfachkräften im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz verankert und verpflichtend bei Evaluierungen psychischer Belastungen beigezogen werden.
2. **Verbindliche Lastengrenzwerte für schwere körperlicher Arbeit sicherstellen:** Zur Vermeidung von Muskel-Skelett-Erkrankungen braucht es dringend verordnete moderne Grenzwerte für die Arbeit mit schweren Lasten (z.B. deutsche Leitmerkalmethoden).
3. **Schutz bei Hitze und Extremwetter ausbauen:** Abgestufte Schutzmaßnahmen in Innenräumen sind rasch erforderlich. In letzter Konsequenz muss es bei gesundheitsgefährdenden Temperaturen sowohl für Arbeiten im Freien wie in Innenräumen bezahlt hitzefrei geben. Zudem sind bei Ozonalarm körperliche Arbeiten im Freien einzustellen.
4. **Mehr Schutz vor arbeitsbedingtem Krebs:** Mit 2.673 arbeitsbedingten Krebserkrankungen im Jahr 2023 ist die Einführung wissenschaftlich aktueller und risikobasierter Grenzwerte für gesundheitsschädigende Arbeitsstoffe mehr als überfällig.
5. **Präventionskompetenz der AUVA ausbauen:** Fast 90 Prozent der Kosten (11 Milliarden Euro) entstehen durch arbeitsbedingte Erkrankungen. Die AUVA muss gesetzlich und finanziell klar mit dem Auftrag ausgestattet werden, die Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen voranzutreiben. Die frühere Senkung der Dienstgeberbeiträge zur AUVA ist rückgängig zu machen.
6. **Mehr Ressourcen und Handlungsspielraum für die Arbeitsinspektion:** Neben mehr Personal sind eine Verbreiterung der Fachkompetenz und mehr finanzielle Ressourcen erforderlich. Zudem braucht es eine Anhebung des Strafrahmens und der Mindeststrafen im ArbeitnehmerInnenschutzrecht sowie Ersatzvornahmen und die Einführung von Nebenstrafen (z. B. Verbot an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen).
7. **Berufskrankheiten zeitgemäß anerkennen:** Der Schutz durch die gesetzliche Unfallversicherung muss stärker an den tatsächlichen gesundheitlichen Belastungen der Arbeitswelt ausgerichtet werden. Die Berufskrankheitenliste muss erweitert werden – etwa bei gesundheitlichen Schäden durch schweres Heben und Tragen oder Burnout.

KRANK DURCH ARBEIT:
12,4 MILLIARDEN EURO: DIE ZEHE ZAHLEN DIE
BESCHÄFTIGTEN

Rückfragehinweis

Arbeiterkammer Wien

Ozren Sehic

1040, Prinz Eugen Straße 20-22

T: +43 1 50165 DW 11172

M: +43 664 883 675 29

E-Mail: ozren.sehic@akwien.at



WIEN.ARBEITERKAMMER.AT



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN